

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(34. Sitzung am 12. Juni 2019)

Beratungsthemen:

Erster öffentlicher Sitzungsteil

1. **Entwurf eines Gesetzes über das Verbot der Beteiligung von politischen Parteien und Wählergruppen an Medienunternehmen**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/3666](#)

Der Ausschuss beriet über den Antrag. Er lehnte den Antrag des Ausschussmitglieds der Fraktion der AfD, zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durchzuführen, mit den Stimmen aller anderen Fraktionen ab. Der Ausschuss folgte dem Votum seines Unterausschusses „Medien“ und empfahl dem Landtag, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

Berichterstatte(rin) (schriftlicher Bericht): Abg. Emmerich-Kopatsch.

2. **Für eine digitale Radiozukunft**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1955](#)

Der - federführende - Ausschuss beriet über den Antrag. Er folgte dem Votum seines Unterausschusses „Medien“ und empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag in der Fassung der Vorlage 9 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

3. **Lebensmittel retten - Containern und „Bändern“ entkriminalisieren**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2896](#)

hier: Abgabe einer Stellungnahme gem. § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT

Der Ausschuss, der vom - federführenden - Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz um Stellungnahme zu den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Gesichtspunkten des Antrages gebeten worden war, begann mit der Antragsberatung. Er kam überein, dem federführenden Ausschuss einen Auszug aus der Niederschrift über die heutige Sitzung zuzuleiten, aus dem sich das Meinungsbild des Ausschusses ergibt. Der Ausschuss bat den federführenden Ausschuss, ihn erneut zu beteiligen, sobald die Antragsberatung dort weiter fortgeschritten sei, etwa wenn ein Änderungsvorschlag vorgelegt worden sei.

Vertraulicher Sitzungsteil

4. Suspendierung eines Mitarbeiters des niedersächsischen Verfassungsschutzes

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung zu den in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen fallenden Aspekten des Vorgangs

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.

Zweiter öffentlicher Sitzungsteil

5. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Zukunftsinvestitionen und Zukunftsvorsorge
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/3476](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 2 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP, AfD

Enthaltung: -

6. Entwurf eines Gesetzes zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Vertrags über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern - Vertrag zur Ausführung von Artikel 91 c GG

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/3622](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

7. Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge in den Jahren 2019 bis 2021 sowie zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/3763](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 4 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP, AfD

Enthaltung: -

8. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Informationsfreiheit

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/3266](#)

Der - federführende - Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen. Er bat die Landesregierung, ihn erneut zu unterrichten, sobald die Ergebnisse der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Evaluation der Erfahrungen anderer Bundesländer und des Bundes mit Informationsfreiheitsgesetzen vorliegen.